

„VERMÖGEN KANN EIN GROSSER NACHTEIL SEIN“

SPIEGEL-Interview mit dem Porzellan-Fabrikanten Philip Rosenthal

SPIEGEL: Ihre fünf Kinder können nicht auf ein Millionen-Erbe hoffen. Sie haben verfügt, daß Ihr gesamter Anteil an der Rosenthal AG in eine Stiftung eingebracht wird, aus deren Erträgen Arbeiter und Arbeiterkinder zu Führungskräften herangebildet werden sollen. Was hat Sie zu diesem Entschluß bewogen?

ROSENTHAL: Die Erfahrung, daß uns heute noch ein ansehnliches Potential von Nachwuchsmanagern verlorengelassen wird durch „Umweltsperren“: Arbeiter investieren oft zuwenig in die Ausbildung ihrer Kinder, sie lassen sie zu schnell Geld verdienen.

SPIEGEL: Was halten Ihre Frau und Ihre Kinder davon, enterbt zu werden?

ROSENTHAL: Meine Familie weiß, welch großer Nachteil zu viel ererbtes Vermögen sein kann und welch großer Vorteil eine gute Erziehung ist. Meine Frau ist mit mir der Meinung, daß Kinder später ihren eigenen Mann stehen müssen.

SPIEGEL: Plagt Sie das schlechte Gewissen, Ihre Millionen auf Kosten der Arbeiter und Kunden erworben zu haben?

ROSENTHAL: Nein. Ich glaube allerdings, daß die Vermögensbildung der Arbeitnehmer für die Zukunft unserer Gesellschaft ganz außerordentlich wichtig ist. Hingegen halte ich nichts von der verstärkten Mitbestimmung in der Unternehmensspitze. Diese Haltung kann mir jetzt, da ich auf mein Firmen-Vermögen verzichten will, nicht mehr als eigen-nütziges Interesse ausgelegt werden.

SPIEGEL: Sie sind also auch der Ansicht, daß die bisherigen Möglichkeiten der Vermögensbildung — etwa das 312-Mark-Gesetz, nach dem Arbeitnehmer 312 Mark jährlich steuerfrei sparen können — ins Leere gehen.

ROSENTHAL: Die derzeitige Vermögensbildung basiert nur auf Freiwilligkeit. Aber Vermögen kann weder durch Seelenmassage der Politiker noch durch Werbung der Banken allein gebildet werden. Man muß als Initialzündung eine nicht sehr große, aber gesteuerte geschenkte Vermögensbildung voranschreiben, wie wir es seit Jahren in der Rosenthal AG machen.

SPIEGEL: Sie haben Ihren Beschäftigten zunächst eine Arbeitsdividende gezahlt und ihnen später zum Jahresende eine Rosenthal-Aktie geschenkt. Der Erfolg war, daß 1965 sechs Prozent, 1967 sogar 20 Prozent der Belegschaft mit eigenem Geld Rosenthal-Aktien zukaufen. Trotzdem wollen Sie in Zukunft keine Aktien der eigenen Firma mehr verschenken, sondern Investment-Zertifikate, die Eigentum an verschiedenen Unternehmen verbürgen. Warum?

ROSENTHAL: Weil ich das Argument der Gewerkschaften anerkenne,

daß das künftige Vermögen nicht an einen einzigen Betrieb gebunden sein sollte, das wäre unfair. Auch kein Alt-Aktionär besitzt nur Wertpapiere einer Firma. Übrigens haben in diesem Jahr 43 Prozent aller Belegschafts-Aktionäre Investmentzertifikate gekauft und so ihr Geld inflationssicher angelegt.

SPIEGEL: Der Deutsche Gewerkschaftsbund will bei 392 Unternehmen wie in der Montan-Industrie die qualifizierte Mitbestimmung einführen. Auch in Vorstand und Aufsichtsrat Ihrer Rosenthal AG, Nummer 201 der DGB-Liste, sollen Gewerkschaftler als gleichberechtigte Führungskräfte einziehen. Wollen Sie, der Sie die qualifizierte Mitbe-

Wenn nach Karl Marx das Übel der einseitige Besitz an Produktionsmitteln ist, dann sollte die Gewerkschaft den Arbeitern diesen Besitz verschaffen.

SPIEGEL: Unternehmer verschonen nichts. Wollen Sie, daß die zu Vermögen kommenden Arbeiter mit Lohnforderungen zurückhalten?

ROSENTHAL: Lohn und Vermögen müssen natürlich als Ganzes gesehen werden. Beides muß im Rahmen des Produktivitätsfortschritts liegen. Trotzdem glaube ich, daß auch die Unternehmer Opfer bringen müssen, um den sozialen Ausgleich zu ermöglichen. In Zeiten schlechter Beschäftigung sollte der mögliche Schwerpunkt bei den Löhnen, in Boomjah-



Stifter Rosenthal, Familie: Erbe für die Arbeiter

stimmung ablehnen, durch Selbstent-eignung die DGB-Forderung unter-laufen?

ROSENTHAL: Die Wirtschaft ist ein Dampfer, der in Fahrt bleiben muß und bei dem es darauf an-kommt, daß die dritte Klasse und das Zwischendeck auf die Lebensmög-lichkeiten der ersten Klasse angehoben werden, ohne daß die Maschine heißläuft. Wenn wir die Entsch-eidungsfreiheit des Managements noch mehr einengen — im Osten bekom-men die Manager zunehmend mehr Freiheit —, dann werden wir an Fahrt verlieren. Ich glaube, daß es nur wenige Arbeiter interessiert, ob Gewerkschaftsfunktionäre in unse-rem Aufsichtsrat sitzen. Aber Ver-mögen ist etwas Reales.

SPIEGEL: Es genügt also nicht, den Versorgungsstaat auszubauen und die Renten zu erhöhen.

ROSENTHAL: Wenn wir nur auf Renten abzielen, schaut unsere Ge-sellschaft bald durch die Röhre: durch die Bier- und Bild-Röhre.

ren bei der Vermögensbildung liegen — ein weiteres Instrument der Kon-junktursteuerung.

SPIEGEL: Die SPD, deren Wahl Sie im Herbst 1965 öffentlich empfohlen haben, hält sich in Sachen Vermö-gensbildung auffallend zurück.

ROSENTHAL: Weil sich die Parole „Kapital für alle“ anstatt „Mitbe-stimmung für uns“ noch nicht in allen Gewerkschaften durchgesetzt hat.

SPIEGEL: Was sagen Ihre Unter-nehmer-Kollegen zu Ihren Absich-ten? Gelten Sie dort als der Kapita-list, der es mit Marx hält?

ROSENTHAL: Zunächst: Ich bin weder Erfinder noch Vorreiter. Der Baugewerkschaftler Georg Leber zum Beispiel hat vor mir ähnliche Vorstellungen entwickelt. Meine Schätzung ist, daß vor drei Jahren 95 Prozent der Unternehmer an der Arbeiter-Vermögensbildung desin-teressiert waren, heute ist schon die Hälfte dafür. Erst veracht' man's, dann verlacht man's, schließlich macht man's.